



SCHLUSSEKTLÄRUNG DES GIPFELS DER VÖLKER „ENLAZANDO ALTERNATIVAS IV“

Die Netzwerke, Plattformen und Organisationen Europas sowie Lateinamerikas und der Karibik, die wir uns während des Gipfels der Völker „Enlazando Alternativas IV“ („Alternativen verknüpfen“) vom 14. bis 18. Mai in Madrid versammelt haben, fordern unser Recht ein, Alternativen zum neoliberalen Modell und den Freihandelsabkommen zu entwickeln, und glauben an unsere Fähigkeit, einen politischen und sozialen Dialog zwischen den Völkern aufzubauen.

Wir befinden uns inmitten einer Zivilisationskrise, die den gesamten Planeten erfasst hat und bei der die schwächsten Bevölkerungsgruppen und die Völker des Südens den größten Teil der Last zu tragen haben. Während Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ihre Beschäftigung verloren haben und nunmehr in Armut und ungesicherten Verhältnissen leben, erzielt das Finanzsystem Milliarden Gewinne mithilfe der Staaten des Nordens.

Die Weltwirtschaftskrise ist noch lange nicht gelöst, und die Rettungspläne sind auf die Interessen des Großkapitals ausgerichtet gewesen, wie die jüngsten Strukturanpassungsmaßnahmen, die seitens der EU von Griechenland gefordert wurden, und die in die gleiche Richtung gehenden Ankündigungen Spaniens und Portugals unter Beweis stellen. Die Geschichte Lateinamerikas und der Karibik bezeugt die zerstörerische Wirkung dieser Politik der Kürzung der öffentlichen Ausgaben, der Privatisierungen und der Deregulierung.

Jetzt, da genau zwei Jahrhunderte seit Beginn der Unabhängigkeitskriege in zahlreichen Ländern Lateinamerikas und der Karibik vergangen sind, schlägt die EU eine strategische „Partnerschaft“ vor, die nichts als einen Rückschritt bedeutet, nämlich die Schaffung einer „europäisch-lateinamerikanischen Zone umfassender interregionaler Partnerschaft“, die sich auf den Abschluss einer Reihe von Freihandelsabkommen gründet, mit denen den Interessen europäischer Großkonzerne in Lateinamerika und der Karibik gedient wird und die Chancen für eine regionale und birenale Integration auf einer neuen Grundlage vereitelt werden sollen.

In Lateinamerika und der Karibik haben sich mittlerweile zahlreiche progressiv ausgerichtete und linke Regierungen gebildet, die für die Forderungen und Bewegungen der Bevölkerung empfänglich sind; sie suchen Entwicklungsalternativen,

die den Gegebenheiten vor Ort besser Rechnung tragen, und verteidigen ihre nationale Souveränität. Während die politische Rechte weltweit versucht, diese Regierungen in Misskredit zu bringen und zu destabilisieren, predigt sie weiterhin eine Politik neoliberalen Zuschnitts, die von europäischen Großkonzernen vorangetrieben wurde – insbesondere von spanischen Firmen in Lateinamerika und der Karibik – und die von der EU unterstützt wird. Strategien wie „Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt“ und „Europa 2020“ werden weiterhin hohe soziale Kosten verursachen und die Ungleichheiten zwischen den Staaten wie auch innerhalb jedes Landes verstärken.

In Europa ist mit dem Vertrag von Lissabon ein undemokratisches und kapitalistisches Integrationsmodell gestärkt worden. Die Privatisierung der öffentlichen Dienste führt zusammen mit der Verletzung der sozialen Rechte und der Arbeitsrechte zu einem Ausbau der Festung Europa mit militärischem, repressivem und ausgrenzendem Charakter – auf Kosten des Sozialen Europa.

Angesichts dieser Tatsachen tragen die Organisation, der Widerstand, die Würde, die Solidarität und die gesellschaftliche Mobilisierung heute wie auch in Zukunft wesentlich dazu bei, das bereits Erreichte zu erhalten, eine Rückkehr in die Vergangenheit zu verhindern und sowohl in Lateinamerika und der Karibik als auch in Europa neue Fortschritte zu erzielen. Unsere Strategie des gemeinsamen Kampfes und Widerstands beruht auf der Solidarität zwischen unseren Völkern, damit eine Gesellschaft entsteht, in der wirtschaftliche und politische Rechte, Arbeits- und Gewerkschaftsrechte, soziale, kulturelle und Umweltrechte in der Politik der Regierungen eine Priorität darstellen und zu ihrem Kernstück werden.

In diesem Sinne

1. lehnen wir die Freihandelsabkommen, Assoziationsabkommen und bilateralen Investitionsabkommen – bzw. Abkommen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen –, die zwischen einigen lateinamerikanischen und europäischen Regierungen geschlossen und hinter dem Rücken und auf Kosten unserer Völker ausgehandelt wurden, energisch ab. Wir lehnen insbesondere das Partnerschaftsabkommen EU-Cariforum, die Unterzeichnung der Abkommen mit Kolumbien, Peru und Mittelamerika und die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit dem Mercosur ab;

2. lehnen wir ab, dass die Entwicklungszusammenarbeit einen Bestandteil dieser im Dienste privatwirtschaftlicher Interessen stehenden Abkommen bildet. Wir fordern eine Zusammenarbeit, mit der die Fähigkeit der sozialen Akteure und der Staaten zur Gestaltung um Umsetzung einer Politik gestärkt wird, die auf die Bekämpfung der sozialen Ungerechtigkeiten ausgerichtet ist;

3. wenden wir uns gegen die Durchführung der Strukturanpassungs- und Interventionsprogramme des IWF in den Ländern Europas und Lateinamerikas und der Karibik zur Überwindung der Wirtschaftskrise. Wir fordern einen sofortigen Aufschub bei der Rückzahlung öffentlicher Schulden und die Durchführung von Rechnungsprüfungen, damit unrechtmäßige Schulden erlassen werden;

4. suchen wir weiter nach echten Lösungen für die Umwelt- und Klimakrise, die auf Klimagerechtigkeit und der notwendigen Änderung eines Systems beruhen, das die Zerstörung des Planeten herbeiführt. Um den Klimawandel zu bremsen, muss die EU ihre Treibhausgasemissionen bei Privathaushalten deutlich reduzieren. Wir rufen die europäischen Regierungen dazu auf, die bei den Völkern des Südens einschließlich Lateinamerikas und der Karibik angesammelten ökologischen Schulden zurückzuzahlen, um die Abschwächung und Überwindung des Klimawandels zu

finanzieren. Angesichts des Scheiterns des Klimagipfels von Kopenhagen verpflichten wir uns, die auf der im April 2010 in Cochabamba abgehaltenen „Weltkonferenz der Völker zum Klimawandel und zu den Rechten von Mutter Erde“ vereinbarten Vorschläge umzusetzen, wie etwa die Einrichtung eines Klimagerichtshofs;

5. unterstützen wir jedweden Kampf der Kleinbauern-Bewegungen in Lateinamerika und der Karibik sowie in Europa um eine Ernährungssouveränität der Völker, eine Agrarreform, gegen genetisch veränderte Organismen und zur Verteidigung ihrer Territorien. Mit der kleinbäuerlichen, familiären und kleinstrukturierten Landwirtschaft lassen sich die Völker ernähren und die Erderwärmung umkehren;

6. setzen wir unseren Kampf zugunsten der partizipativen, direkten und pluralistischen Demokratie fort und widersetzen uns jedem Versuch, sie zu beschneiden. Wir unterstützen den Kampf gegen die Straflosigkeit und dafür, dass den Opfern von Völkermord Gerechtigkeit widerfährt. Wir lehnen die Kriminalisierung sozialer Proteste ab;

7. fordern wir den Abbruch der diplomatischen und finanziellen Beziehungen mit der Regierung von Porfirio Lobo in Honduras, die von zahlreichen Regierungen nicht anerkannt wird. Diese Regierung ist das Ergebnis eines Staatsstreichs, wurde unter undemokratischen Umständen gewählt und hält sich nur durch Unterdrückung der sozialen Bewegungen und Menschenrechtsverletzungen an der Macht. Wir unterstützen den Kampf der Front des Volkswiderstands von Honduras und ihr Eintreten für eine verfassungsgebende Versammlung;

8. wenden wir uns gegen die Militarisierung und eine Sichtweise, bei der unter dem Vorwand humanitärer Hilfe die Fähigkeit des haitianischen Volkes verkannt wird, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Wir fordern die Achtung der Souveränität des haitianischen Volkes, die Streichung der Auslandsschulden dieses Landes und die Zahlung von Reparationen;

9. fordern wir die EU zur Aufhebung des Gemeinsamen Standpunkts zu Kuba auf;

10. werfen wir der EU, ihren Institutionen und ihren Regierungen fahrlässige Mittäterschaft bei Menschenrechtsverletzungen wie beispielsweise in Kolumbien, Honduras, Peru, Guatemala und Mexiko vor, wo soziale Führungspersonlichkeiten tagtäglich ermordet und soziale Proteste unterdrückt werden;

11. lehnen wir die von der EU in Einwanderungsfragen angewandte Politik ab, da sie die Demokratie und den Frieden zwischen unseren Völkern ernsthaft gefährdet, indem sie Fremdenfeindlichkeit und Rassismus schürt. Wir unterstützen den und beteiligen uns an dem Kampf der Bewegungen und Netzwerke von Migranten gegen die Festung Europa mit ihren Auffanglagern für Ausländer und ihrer „Rückführungsrichtlinie“, die zu Recht „Richtlinie der Schande“ genannt wird. Diese Migrationspolitik bildet die Kehrseite des Europas des Kapitals;

12. verurteilen wir die Militarisierung unserer Kontinente und insbesondere den kriegstreiberischen Charakter der Regierung Kolumbiens. Die Einrichtung von 7 Militärstützpunkten der Vereinigten Staaten in diesem Land stellt eine Bedrohung für den Frieden und die Stabilität in der Region dar. Wir bekräftigen unsere Verurteilung der kriegstreiberischen EU-Politik in Afghanistan unter der Schirmherrschaft der NATO sowie des Einsatzes von Millionenbeträgen zur Aufrechterhaltung einer Kriegsmaschinerie, die für andere Schwerpunkte im sozialen Bereich verwendet werden könnten;

13. unterstützen wir den Kampf des griechischen Volkes um seine Rechte, die zugleich

die Rechte aller europäischen Völker darstellen;

14. sagen wir zu, auf die Festigung eines politischen Raumes der Solidarität hinzuarbeiten, an dem eine Vielzahl sozialer und politischer Bewegungen beteiligt sind, die sich für eine soziale, wirtschaftliche, die Gleichstellung der Geschlechter berücksichtigende, politische, ökologische und kulturelle Integration einsetzen, und der zu den Vorschlägen der Europäischen Union und mehrerer Regierungen Lateinamerikas und der Karibik eine Alternative darstellt;

15. sagen wir zu, unseren Kampf gegen die Macht der Unternehmen auszubauen und zu intensivieren und eine neue Arbeitsphase des Netzwerks „Enlazando Alternativas“ einzuleiten, die eine Schaffung eines bindenden internationalen Instruments zur Ahndung der Wirtschaftskriminalität zum Ziel hat. Die Sitzung des Ständigen Gerichtshofes der Völker („Tribunal Permanente de los Pueblos“ - TPP) zum Thema „Die Europäische Union und die Großkonzerne in Lateinamerika. Politik, Instrumente und Akteure“ hat hierzu einen Beitrag geleistet;

16. unterstützen wir und beteiligen uns an dem Kampf, den die afrikanischstämmigen Bevölkerungsgruppen, die Frauen, die Jugendlichen und die Ausgegrenzten Lateinamerikas und Europas führen, die unter den Folgen der Krise stärker als andere zu leiden haben;

17. schließen wir uns dem Kampf und den Forderungen der Urvölker an und streben auch wir nach einem guten Leben, der Schaffung multinationaler Staaten und der Anerkennung und Verteidigung der Rechte von Mutter Erde, wodurch die Entwicklung von Konsum- und Produktionsmustern erforderlich wird, die nachhaltig, verantwortungsvoll und gerecht sind;

18. begrüßen wir die Zusagen der Regierungen Lateinamerikas und der Karibik, die Jahrhunderte der wirtschaftlichen Abhängigkeit, der Ausbeutung natürlicher Ressourcen und der Plünderung der Territorien hinter sich zu lassen;

19. rufen wir die europäischen Völker dazu auf, sich zu erheben, um ein anderes Europa aufzubauen. Wir danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Einrichtungen des spanischen Staates für ihren Einsatz und ihre Hilfe bei der Durchführung unseres Gipfels der Völker „Enlazando Alternativas IV“ und heißen die Kameradinnen und Kameraden willkommen, die nun bereitstehen, um mit den Vorbereitungen für den 2012 anstehenden Fünften Gipfel der Völker „Enlazando Alternativas“ zu beginnen.

Wir richten diesen Gipfel der Völker im Gedenken an die indigene Aktivistin Betty Cariño aus, die am 27. April in Oaxaca (Mexiko) wegen ihres Einsatzes gegen internationale Bergbaukonzerne ermordet wurde. Diese Würdigung erfolgt stellvertretend für all diejenigen, die aufgrund ihres sozialen und politischen Kampfes ermordet wurden, sowie für alle Opfer des ungerechten und ausgrenzenden neoliberalen Modells in Lateinamerika, der Karibik und Europa.

Madrid, 16. Mai 2010

Gipfel der Völker „Enlazando Alternativas IV“